



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

11. Juli 2022

## Äthiopien / Sudan

### **Dutzende Tote bei Massaker in Äthiopien**

Bei einem Angriff einer bewaffneten Miliz am 04.07.22 in der West-Welega-Zone im Regionalstaat Oromia sind Augenzeugen zufolge dutzende Zivilisten, mehrheitlich Frauen und Kinder, getötet worden. Premierminister Abiy bestätigte den Angriff, nannte aber keine Opferzahlen. Die Opfer seien vor allem der Volksgruppe der Amhara zuzurechnen. Abiy sprach von einem Massaker und beschuldigte die Oromo Liberation Front (OLA-Shane). Erst vor zwei Wochen war es zu einem ähnlichen Vorfall in derselben Region gekommen, damals starben mehr als 300 Menschen. Auch bei diesem Vorfall machten die Behörden die OLA verantwortlich (vgl. BN v. 20.06.22), die die Anschuldigungen jedoch zurückwies.

### **Gespräche zur Beilegung des Grenzstreits mit dem Sudan**

Am 05.07.22 trafen sich Premierminister Abiy und der Militärführer des Sudan, General Abdel Fattah al-Burhan, und erklärten, den Grenzstreit um die Region Al-Fashaga im Dialog beilegen zu wollen. Dort kam es zuletzt immer wieder zu Zusammenstößen beider Militärs und Milizen mit Toten auf beiden Seiten (vgl. BN v. 04.07.22).

## Afghanistan

### **Sicherheitslage: Interne Kämpfe der Taliban, Anschläge, Hazara-Widerstand**

Am 07.07.22 sollen laut dem Nachrichtenportal Hasht-e Subh im Präsidentenpalast in der Hauptstadt Kabul Schüsse gefallen sein, weil verfeindete Taliban-Gruppen aneinandergerieten. In der Provinz Badghis hat es am selben Tag Kämpfe zwischen tadschikischen und paschtunischen Taliban mit ca. 30 Toten auf beiden Seiten gegeben. Am 04.07.22 wurde ein Anschlag mit Handgranaten auf einen Minibus des 207 Al-Farooq Corps der Taliban in der Provinz Herat mit zwölf Verletzten verübt. Am 02.07.22 explodierte in der Provinz Nangarhar eine Granate in einem islamischen Seminar, es wurden mindestens acht Personen verletzt. Niemand bekannte sich zu den Taten. Der Konflikt der Taliban mit dem abtrünnigen Hazara-Kommandeur Mehdi in der Provinz Sar-e Pul dauert an (vgl. BN v. 04.07.22). Die Situation sei angespannt, die Taliban haben ca. 8.000 Kämpfer zusammengezogen, um den Distrikt Balkhab wieder unter Kontrolle zu bringen. Zufahrtswege sind geschlossen und Telefon- und Internetleitungen unterbrochen worden. Laut des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vom 07.07.22 sind ca. 27.000 Personen im Distrikt Balkhab aufgrund der Kämpfe auf der Flucht.

### **Regierungsführung**

Der Emir der Taliban, Hibatullah Akhunzada, hat in einer Rede bei einer Klerikerversammlung in Kabul am 01.07.22 klargestellt, dass das afghanische Volk niemals wieder den Vorschriften von ungläubigen Ausländern folgen wird. Selbst wenn es von jenen mit Atomwaffen angegriffen würde. Afghanistan sei jetzt ein freies und unabhängiges

Land. Er unterstellte ausländischen Mächten, innenpolitischen Aufruhr gegen das Emirat anzuzetteln. Als Ergebnis der Klerikerversammlung haben die Taliban am 03.07.22, den Islamischen Staat der Khorasan Provinz (ISKP) zur korrupten Sekte erklärt und der afghanischen Bevölkerung jeglichen Kontakt verboten.

### **Verfolgungslage: Übergriffe gegen Zivilpersonen, Selbstmorde**

Human Rights Watch berichtete am 07.07.22, dass die Taliban in den Provinzen Nangarhar und Kunar seit August 2021 ca. 100 Zivilpersonen getötet haben, denen unterstellt wurde den ISKP zu unterstützen. Das Oberhaupt des afghanischen Chishti Sufi-Ordens, Khwaja Syed Zarif Chishti, wurde am 06.07.22 in Indien getötet. Ein Täter ist festgenommen worden. Zur selben Zeit wurde in Kabul der Philosoph Anwar Haq Jabarkhil von Unbekannten getötet. Selbstmorde unter jungen Menschen (besonders Mädchen und Frauen) nehmen in Afghanistan stark zu. Ein 16-Jähriger erhängte sich am 06.07.22 in der Provinz Kapisa, eine 13-Jährige erhängte sich in Badakshan. Am 29.06.22 hatte sich eine 14-Jährige in der Provinz Takhar erschossen.

## **Angola**

### **Tod des Langzeitpräsidenten dos Santos: Wahlkampf unterbrochen**

José Eduardo dos Santos, Staatspräsident von 1979 bis 2017, ist am 08.07.22 in einer Klinik in Barcelona gestorben. Dos Santos' Name steht für den Kampf für die Unabhängigkeit von Portugal, für die Beilegung des seit der Unabhängigkeit 1975 andauernden Bürgerkriegs im Jahr 2002, aber auch für außerordentliche Korruption zugunsten seiner Familie. Bei den Wahlen 2017 trat er nicht mehr an, sein Parteikollege der Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) und bisheriger Verteidigungsminister João Lourenço wurde Staatspräsident. Am 24.08.22 steht dieser bei der Parlamentswahl zur Wiederwahl. Nach der aktuellen Verfassung Angolas werden die Personen auf den Listenplätzen eins und zwei der siegreichen Partei Präsident und Vizepräsident. Am Wochenende sollen alle politischen Kundgebungen abgesagt worden sein. Auch die ehemalige Bürgerkriegsgegnerin der MPLA und die größte Oppositionspartei União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) sagten anlässlich des Todes dos Santos' eine Kundgebung am 09.07.22 in Luanda ab.

## **Burkina Faso**

### **Verurteilter Ex-Präsident Compaoré besucht Burkina Faso**

Blaise Compaoré, im ivoirischen Exil lebender früherer Präsident Burkina Fasos, reiste für ein Treffen der fünf noch lebenden ehemaligen Staatsoberhäupter des Landes mit Übergangspräsident Paul-Henri Sandaogo Damiba am 07.07.22 nach Burkina Faso. Das Treffen, an dem neben Damiba und Compaoré nur Jean-Baptiste Ouédraogo teilnahm, fand am 08.07.22 statt. Die drei übrigen Ex-Präsidenten Isaac Zida, Michel Kafando und der im Januar 2022 gestürzte Roch Marc Christian Kaboré, folgten der Einladung nicht. Gegenstand der Zusammenkunft war die Bündelung gesellschaftlicher Kräfte zur Bekämpfung dschihadistischer Gruppen. Zum Ende des Treffens riefen die Teilnehmer zu „sozialem Zusammenhalt angesichts der schwierigen Situation“ auf.

Ein Militärgericht in Ouagadougou verurteilte Compaoré im April 2022 wegen Angriffs auf die Staatssicherheit und der Beteiligung an der Ermordung seines Amtsvorgängers Thomas Sankara bei einem Militärputsch 1987 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft. Compaoré übernahm nach dem Putsch die Macht. Eine von weiten Teilen der Bevölkerung gestützte Protestbewegung drängte ihn 2014 zum Rücktritt, nachdem er eine weitere Amtsperiode als Präsident angestrebt hatte. Compaoré ging ins Exil nach Côte d'Ivoire und erlangte deren Staatsbürgerschaft. Anwälte von Sankaras Familie forderten nun die Festnahme Compaorés, der jedoch am 09.07.22 unbehelligt nach Côte d'Ivoire zurückkehrte.

### **Tote bei Angriffen**

Bei zwei separaten Angriffen in der Nacht auf den 04.07.22 in Bourasso (Region Boucle du Mouhoun) und am 02.07.22 in Namissiguima (Region Nord) starben nach unterschiedlichen Angaben bis zu 34 Menschen, darunter mehrere Angreifer.

## **DR Kongo**

### **Problematik der Folteranwendung auch nach Machtwechsel**

Unter Berufung auf einen vorläufigen Bericht mehrerer NGOs berichtete die kongolesische Nachrichtenseite La Prospérité am 07.07.22, dass auch nach dem Wechsel an der Staatsspitze Folter, auch mit Todesfolge, weiterhin zur Anwendung kommt. Da Betroffene nicht immer offen Foltervorwürfe erheben, sei zudem von einer gewissen Dunkelziffer auszugehen. Die NGOs beklagen vor allem ein „Wiederaufleben“ des Einsatzes von Folter durch die nationalen Sicherheitsdienste, vor allem durch den Inlandsgeheimdienst (ANR). Der ANR, der unter Altpräsident Joseph Kabila als Instrument zur Repression und Unterdrückung diene, steht trotz der Reformbemühungen von Staatspräsident Félix Tshisekedi weiterhin in der Kritik, an grundgesetz- und menschenrechtswidrigen Praktiken festzuhalten (vgl. BN v. 25.04.22 u. 21.03.22). Die NGO Réseau pour les droits de l'homme (REDHO) berichtete, dass im ersten Halbjahr 2022 allein im Territorium Lubero der Provinz Nord-Kivu, in der weiterhin der Ausnahmezustand ausgerufen ist, drei Folterfälle mit Todesfolge dokumentiert wurden. Während zwei Fälle in einer von den kongolesischen Streitkräften (FARDC) betriebenen Haftanstalt verübt worden seien, sei ein Fall auf den ANR zurückzuführen. Es sei in diesen Fällen zur Festnahme einiger Verdächtigter gekommen.

### **Kampf gegen Frühverheiratungen**

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge verurteilte die kongolesische Regierung anlässlich einer Sitzung des Ministerrates am 01.07.22 Frühverheiratungen, die laut Regierung vor allem in ländlichen Regionen vorkommen sollen. Seitdem mit Inkraftsetzung der Familienrechtsnovelle vom 15.07.16 die Altersgrenze der Ehemündigkeit auf 18 Jahre festgelegt wurde, hätten Frühverheiratungen junger Mädchen zugenommen, u.a. um Schulden der Eltern zu begleichen. Verschiedene Ministerien seien beauftragt worden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Frühverheiratungen zu bekämpfen und zu unterbinden, darunter die landesweite Durchsetzung der die Frühverheiratung verbietender Gesetze und die Durchführung von Aufklärungskampagnen in ländlichen Regionen. Laut dem Minister für Kommunikation und Medien, Patrick Muyaya, beruhen Frühverheiratungen u.a. auf einem tradierten Rollenverständnis der Frau, das sich auf Haushaltsarbeiten und Fortpflanzung beschränkt.

### **UN befürchtet weitere Verschärfung der Ernährungslage, M23-Rebellen lehnen Deeskalationsabkommen ab**

Unter Berufung auf UN-Angaben berichten Medien, dass weiterhin mehr als 27 Mio. Menschen in der DR Kongo von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Aufgrund der anhaltenden bewaffneten Kampfhandlungen zwischen der Rebellengruppe Mouvement 23 (M23) und der FARDC in Teilen Nord-Kivus, die bereits geschätzt 170.000 Menschen vertrieben haben (vgl. BN v. 04.07.22), geht die UN davon aus, dass sich die ohnehin prekäre Ernährungslage im Land weiterhin verschlechtern könnte. Unterdessen lehnte die M23 am 07.06.22 das unter angolanischer Vermittlung am 06.07.22 geschlossene Deeskalation-Abkommen zwischen DR Kongo und Ruanda, mit der Begründung ab, dass die kongolesische Regierung nur mit der M23 selbst als kongolesische Gruppierung einen Waffenstillstand verhandeln könne. Das Abkommen sieht u.a. neben der Normalisierung der Beziehung zwischen den beiden Ländern die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der M23-Rebellen aus der DR Kongo vor. Berichte über neue Zusammenstöße zwischen der M23 und der FARDC im Territorien Rutshuru (Nord-Kivu) liegen vor.

## **El Salvador**

### **Verurteilung nach Tod eines Neugeborenen**

Am 29.06.22 wurde eine 21-jährige Frau wegen „des Verbrechens der schweren Tötung“ ihres neugeborenen Kindes zu 50 Jahren Haft verurteilt. Laut Staatsanwaltschaft soll die Frau ein Mädchen im fünften Monat zu Hause zur Welt gebracht haben, welches wenige Stunden nach der Geburt verstarb. Während die Frau angab, eine Fehlgeburt erlitten zu haben, verhängte das Gericht zum ersten Mal die Höchststrafe. Morena Herrera, Präsidentin der Bürgerinitiative für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in El Salvador (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto) verurteilte die Gerichtsentscheidung und erklärte, dass sie sich weiter dafür einsetzen werde, dass Frauen, die sich während der Schwangerschaft in einer gesundheitlichen Notlage befinden, nicht kriminalisiert werden.

## Gambia

### **Frühverheiratungen, Fortschritte bei Mädchen- und Frauenbildung**

Laut Ndeye Rose, Vertreterin des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), sind derzeit 20 % der Mädchen und jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren verheiratet, während es bei Jungen und jungen Männern derselben Altersgruppe weniger als 1 % sind. Frühverheiratungen, frühe Schwangerschaften und der begrenzte Zugang zu Informationen und Betreuung in Bezug auf Aspekte der präventiven, reproduktiven und sexuellen Gesundheit schränke die Entfaltungsmöglichkeiten von Mädchen und Frauen in Gambia ein.

Was geschlechterspezifische Bildungsungleichheiten anbelangt, seien zumindest im Bereich der Grundschulbildung erhebliche Fortschritte erzielt worden. Während 99 % der Mädchen im Vergleich zu 90,4 % der Jungen die Grundschule abschließen würden, würden weniger als die Hälfte der Mädchen (rd. 48,2 %) Sekundarschulbildung erhalten. Laut Rose stellen Frauen im Jahr 2022 geschätzt 42 % aller potentiellen Hochschulabsolventen an der wichtigsten Universität Gambias dar.

### **Erneute Festnahmen in Landstreitfall mit Regierung, Behörden missachten obergerichtliches Urteil**

Medienberichten zufolge ist Nenneh F. Gomez, die politische Aktivistin und Landesvertreterin der NGO Global Hearts of Medical Mission (Global HOMM) und ein weiterer Angehöriger derselben Organisation am 05.07.22 zum dritten Mal bei dem Versuch, ein im Eigentum der Organisation stehendes Grundstück zu betreten, von Polizeikräften festgenommen und zeitweilig festgehalten worden (vgl. BN v. 29.11.21). Der gambische Staat beansprucht weiterhin und insbesondere unter Nichtbeachtung eines obergerichtlichen Urteils zugunsten Global HOMM das Grundstück für sich. Gomez, die gleichentags gegen Kautionsfreilassung wurde und bereits in der Vergangenheit erfolgreich Schadensersatzklage gegen den gambischen Staat wegen rechtswidriger Festnahme und Inhaftierung erhoben hat, fordert die Regierung dazu auf, die Rechtsstaatlichkeit sowie verfassungsrechtlich garantierte Freiheits- und Eigentumsrechte zu respektieren. Laut Presseerklärung der Gambia Press Union (GPU) vom 07.07.22 wurde der Journalist Yusef Taylor, der immer wieder kritisch über den Landstreit zwischen der Regierung und Global HOMM berichtete, bei dem Versuch, Informationen über die jüngsten Festnahmen zu erhalten, am 05.07.22 festgenommen, kurzzeitig festgehalten und wegen „Behinderung der polizeilichen Arbeit“ angeklagt. GPU forderte u.a. ein Ende der Angriffe auf Medienvertretende durch Sicherheits- und vor allem durch Polizeikräfte.

## Guinea

### **Zwischenzeitliche Festnahme von FNDC-Mitgliedern, Proteste**

Wie Medien berichteten, wurden am 05.07.22 bei einer Pressekonferenz drei prominente Persönlichkeiten des zivilgesellschaftlich-parteilichen Bündnisses Front national pour la défense de la Constitution (FNDC) festgenommen. Grund für die Festnahmen seien die Computer-gestützte Erstellung und Verbreitung von das Übergangsparlament beleidigenden Bemerkungen. Die Festnahmen von Mamadou Billo Bah, dem Rapper Alpha Midiaou Bah bekannt als Djanii Alfa, und dem FNDC-Koordinator Oumar Sylla (bekannt als Foniké Mengué) erfolgten unter Gewalteinsatz. Anschließend brachen in der Hauptstadt Conakry gewalttätige Proteste aus, bei denen 17 Polizisten verletzt worden sind. Am 07.07.22 habe eine gespannte Ruhe geherrscht, bevor am Abend wieder Proteste aufgekommen seien.

Am 07.07.22 wurde gegen die drei Festgenommenen wegen des Vorwurfs der Missachtung des Gerichts und öffentlicher Beleidigung Anklage erhoben. Sie hatten zunächst den Präsidenten des Übergangsparlaments kritisiert und anschließend die darauffolgende Strafandrohung durch den Generalstaatsanwalt des Berufungsgerichts von Conakry, Alphonse Charles Wright. Vorausgegangen war zudem ein, trotz Demonstrationsverbots (vgl. BN v. 16.05.22), für den 23.06.22 durch den FNDC angekündigter Protest, den der FNDC jedoch kurzfristig absagte, um der Einladung zum Dialog durch die Übergangsautoritäten zu folgen. Das folgende Treffen wurde durch den FNDC jedoch als „Parodie“ bewertet.

Am 08.07.22 sprach ein Gericht die drei Angeklagten frei. Der Gerichtssaal war überfüllt, nach ihrer Freilassung sollen sie in verschiedenen Vierteln Conakrys mit Ovationen begrüßt worden sein.

Am selben Abend wurde Wright von Junta-Chef und Übergangspräsident Mamady Doumbouya zum neuen Justizminister ernannt. Er ersetzt damit Moriba Alain Koné, der erst seit dem 03.01.22 im Amt war.

## Indien

### **Rücktritt des letzten muslimischen Parlamentariers der BJP**

Am 06.07.22 trat der Minister für Angelegenheiten von Minderheiten, Mukhtar Abbas Naqvi, einen Tag vor dem Ende seiner Amtszeit zurück. Naqvi war der einzige muslimische Minister und zudem der einzig verbliebene muslimische Parlamentarier der hindunationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP). Mit seinem Rücktritt hat eine indische Regierungspartei zum ersten Mal in der Geschichte keinen muslimischen Abgeordneten auf Unionsebene. In den Medien wird spekuliert, dass die BJP angesichts der weltweiten Empörung über die umstrittenen islamfeindlichen Äußerungen (vgl. BN v. 13.06.22) Naqvi für das Amt des indischen Vizepräsidenten in Betracht ziehen könnte. Am 06.08.22 sollen die Wahlen für dieses Amt stattfinden. Am 10.08.22 endet die Amtszeit des derzeitigen Vizepräsidenten Venkaiah Naidu. Im Juni 2022 hatte die BJP Draupadi Murmu als Nachfolgerin nominiert. Sie wäre Indiens erste indigene und zweite weibliche Vizepräsidentin.

## Irak

### **Vorbereitung eines Homosexualitätsverbotes**

Am 08.07.22 wurde bekanntgegeben, dass ein Ausschuss des irakischen Parlamentes ein Gesetz zum Verbot der Homosexualität im Irak vorbereitet. Seit 2003 ist Homosexualität nicht mehr explizit verboten, jedoch wird in der Rechtspraxis eine Reihe anderer Gesetze regelmäßig gegen Homosexuelle angewandt. Große Teile der irakischen Gesellschaft lehnen Homosexualität ab, bekannte Homosexuelle und LGBTIQ-Aktivist\*innen sind regelmäßig Opfer von Drohungen und Angriffen bis hin zu Morden durch nichtstaatliche Akteure, die nur sehr selten aufgeklärt oder bestraft werden.

### **Türkischer Drohnenangriff auf PKK-Camp in Makhmour**

Am 05.07.22 kam es zu einem Drohnenangriff der türkischen Armee auf das Camp Makhmour, das unter effektiver Kontrolle der PKK steht. Laut PKK wurde lediglich ein Gebäude beschädigt; Sicherheitskreise in Kurdistan ließen verlauten, dass es sich um ein Büro der PKK gehandelt habe, Personenschäden wurden von keiner Seite gemeldet.

## Iran

### **Tugendwächter verstärken Präsenz in iranischen Städten**

Präsident Ebrahim Raisi hat bei einer Sitzung mit dem Hohen Rat für Kulturrevolution am 05.07.22 das Sekretariat dieses Gremiums dazu verpflichtet, in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bei der Durchsetzung des Hijab- und Sittlichkeitsgesetzes (in Kraft getreten 2005) maximale Anstrengungen an den Tag zu legen. Ziel sei es, der „organisierten moralischen Verderbtheit in der islamischen Gesellschaft“ Einhalt zu gebieten. Unmittelbar davor hatte bereits der Revolutionsführer den Verantwortlichen der Judikative per Dekret die Anweisung erteilt, das Gesetz über den Amr be maruf (das Gebieten des Rechts und das Verhindern des Verwerflichen) durchzusetzen. Den Auftakt bilden nun Maßnahmen im ostiranischen Mashhad, wo inzwischen 108 Teams der Sittenpolizei bestehend aus je drei Personen im öffentlichen Raum Präsenz zeigen. Den Auslandsmedien zufolge sollen diese Teams künftig Frauen mit schlecht- oder lockersitzendem Hijab an der Nutzung der Metro hindern. Die Teams der Sittenpolizei sollen auch in Krankenhäusern gesichtet worden sein, wo sie die Geschlechtertrennung und Kleiderordnung durchsetzen sollen. Ein Vertreter der örtlichen Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass Beamte, die ihren Amtspflichten in Bezug auf den Amr be maruf verletzen strafrechtliche Konsequenzen zu spüren bekämen. Außerdem sollen nach dem Willen der Staatsanwaltschaft Frauen bei Verletzung des Hijab-Gebotes Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung und von Banken in der Stadt künftig verweigert werden. Bereits in den vergangenen Wochen berichteten ausländische Medien von einer verstärkten Präsenz der Sittenpolizei und deren Maßnahmen in zahlreichen Städten. In der Hafenstadt Bushehr wird in der Verwaltung ab sofort eine strikte Geschlechtertrennung durchgesetzt. Beamten, die sich nicht an die Regeln halten, droht die Entlassung. In der Provinz Fars droht den Beamten die Suspendierung unter Streichung ihrer Bezüge.

### **Iranische Regisseure festgenommen**

Laut Medienberichten wurden die beiden bekannten Regisseure Muhammad Rasulov und Mustafa Al-e Ahmad am 08.07.22 verhaftet. Als Grund wurde die Unterzeichnung einer Erklärung von Filmschaffenden genannt, in der diese die Sicherheitskräfte bei der Niederschlagung der Proteste im Zusammenhang mit dem Einsturz eines Hochhauses in der Stadt Abadan Ende Mai 2022 (vgl. BN v. 30.05.22) aufgefordert hatten, ihre Waffen niederzulegen.

## **Jemen**

### **Explosion in Abyan**

Am 05.07.22 kam es in Abyan zu einem Doppelanschlag, bei dem zunächst eine Bombe in der Nähe eines Marktes explodierte und kurz darauf eine weitere in einem Lagerhaus für Waffen, das einem privaten Händler gehörte. Lokale Quellen sprechen von sechs Toten und mindestens 30 Verletzten. Über die Hintergründe wurde zunächst nichts bekannt.

## **Kolumbien**

### **Petro für Friedensgespräche mit Guerillagruppe ELN**

Der designierte Präsident Gustavo Petro sprach sich am 05.07.22 für die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) aus und schlug einen bilateralen Waffenstillstand vor. Petro wolle zum Beginn seiner Amtszeit im August 2022 die Länder, die bereits bei den 2016 begonnenen Verhandlungen in Havanna mitwirkten, um erneute Unterstützung bitten. Der amtierende Präsident Iván Duque beendete die von seinem Vorgänger initiierten Friedensverhandlungen nachdem die ELN im Jahr 2019 einen Anschlag auf die Polizei-Akademie in Bogota mit 22 Toten verübte. Die ELN-Guerilla hatte bereits nach dem Sieg Petros ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche erklärt und forderte die künftige Regierung zu Reformen in der Agrarwirtschaft und bei der Bekämpfung des Drogenhandels auf. Nach Schätzungen des kolumbianischen Militärs zählt die ELN derzeit etwa 2.500 Mitglieder und verfügt über ein großes Unterstützungsnetzwerk, hauptsächlich an der Grenze zu Venezuela und entlang der Pazifikküste.

## **Libanon**

### **Wirtschaftslage**

Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge sind inzwischen nahezu alle öffentlich Beschäftigten ganz oder zeitweise im Ausstand, überwiegend im Rahmen organisierter Streiks, da aufgrund der Inflation die staatlichen Löhne die Lebenshaltungskosten nicht mehr decken. Zuletzt kündigten die Fluglotsen an, ab August 2022 keinen Nachtbetrieb am Flughafen von Beirut mehr zu ermöglichen, was den Libanon in der Tourismussaison zusätzlich trifft. Die Streiks reduzieren den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen weiter erheblich.

## **Montenegro**

### **Regierungsvotum für Grundsatzabkommen mit SPC**

Laut Medienbericht hat die amtierende Minderheitsregierung am 08.07.22 für das umstrittene Grundsatzabkommen mit der serbisch-orthodoxen Kirche (SPC) gestimmt, obwohl die kleineren Regierungsparteien mit einem Misstrauensvotum gedroht hatten. Premierminister Dritan Abazović habe erklärt, die angestrebte Unterzeichnung des Abkommens mit der Kirche sei ein Weg, um die Spannungen im Land abzubauen. Die Vereinbarung sei von 13 Ministern der Schwarz-Weiß-Koalition, der pro-serbischen Sozialistischen Volkspartei und den albanischen Parteien unterstützt worden, während fünf Minister der Demokratischen Sozialistischen Partei, der Bosniakischen Partei und der Kroatischen Bürgerinitiative sich dagegen ausgesprochen hätten. Drei Minister seien bei dem Votum abwesend gewesen. Das Abkommen werde in den kommenden Wochen dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Während einige NGOs die Regierung aufforderten, einen Dialog über

das Abkommen zu eröffnen, bevor es zur parlamentarischen Abstimmung kommt, starteten Mitglieder so genannter patriotischer Organisationen Proteste in Podgorica und forderten die Absetzung der Regierung.

## **Myanmar**

### **Sicherheitslage**

Zwischen dem 24.06. und 07.07.22 kam es in den Bundesstaaten Chin, Mon, Shan, Karen und Kayah und in den Regionen Magway, Tanintharyi, Mandalay und Sagaing zu Zusammenstößen zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und bewaffneten Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) oder ethnischen Armeen sowie zu Razzien durch Junta-Truppen in mehreren Dörfern. Dabei kamen mindestens 17 Zivilpersonen, darunter ein Kind, und 45 Mitglieder der Widerstandsgruppen ums Leben. Zudem sollen bei Kämpfen und Guerillaangriffen rd. 116 Militär- und Polizeiangehörige sowie Mitglieder junta-treuer Milizen getötet worden sein. Aufgrund von Kämpfen und Luftangriffen der Junta in der Region Bago mussten rd. 40.000 Zivilpersonen aus 26 Dörfern fliehen. Bei Kämpfen um einen strategisch wichtigen Militärposten nahe der thailändischen Grenze (Bundesstaat Karen) drang am 30.06.22 kurzzeitig mindestens ein myanmarischer Militärjet in den thailändischen Luftraum ein, nachdem dieser Stellungen der bewaffneten Armee der Karen National Union (KNU) bombardiert hatte. Am 06.07.22 schlossen die Behörden des indischen Bundesstaates Manipur vorübergehend den Grenzübergang nach Myanmar, nachdem zuvor zwei indische Zivilisten beim Besuch von Bekannten in der Region Sagaing von junta-treuen Milizen erschossen wurden und es auf der indischen Seite der Grenze zu Protesten gekommen war. Nach dem Verschwinden mehrerer Junta-Kräfte im nördlichen Rakhine-Staat seit Mitte Juni 2022, kam es in mehreren Gemeinden zu Dutzenden Verhaftungen.

## **Nicaragua**

### **Absetzung von fünf gewählten, oppositionellen Bürgermeistern**

Am 02.07. und 04.07.22 sind mittels Polizeieinsatz die Mandatsträger der durch die oppositionelle Partei Ciudadanos por la Libertad (CxL) geführten Rathäuser in Santa María de Pantasma, El Cuá, Yalí, Murra und El Almendro abgesetzt und durch sandinistische Beamte ersetzt worden. Die Partei CxL ist bereits 2021 im Zuge der Parlamentswahlen durch die offizielle Wahlbehörde verboten worden und habe demnach keinen legalen Rechtsstatus mehr, womit nun die Amtsenthebung der entsprechenden Personen von offizieller Seite durch das Institut für kommunale Entwicklung (Inifom) begründet worden ist.

## **Nigeria**

### **Dutzende Islamisten aus Gefängnis in Abuja befreit**

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge sind am 05.07.22 infolge eines bewaffneten Überfalls auf ein Gefängnis nahe der Hauptstadt Abuja über 600 Häftlinge entkommen, darunter mindestens 64 Mitglieder der Terrororganisation Boko Haram. Nach Angaben des Verteidigungsministers handelte es sich bei den Angreifern höchstwahrscheinlich selbst ebenfalls um Boko-Haram-Mitglieder. Zwischenzeitlich haben die Behörden eine Liste mit den Namen eines Teils der geflohenen Gefängnisinsassen veröffentlicht. Einigen Medienmeldungen zufolge soll sich die 2016 von Boko Haram abgespaltene Gruppierung Islamic State West Africa Province (ISWAP) zu der Attacke bekannt haben. Im Jahr 2014 hatte Boko Haram bei einem ähnlichen Überfall auf einen Militärstützpunkt im Nordosten, dem Haupt-Operationsgebiet von Islamisten, Hunderte Gefangene befreien können. Von dort weit entfernte Gebiete wie das Hauptstadtterritorium waren von islamistischen Gewalttaten bisher weniger betroffen.

### **Weitere Entführungen von Priestern in zwei Bundesstaaten**

Unbekannte haben im Bundesstaat Kaduna in der Nacht auf den 04.07.22 laut Medienberichten einen katholischen Priester entführt. Ein am 03.07.22 im Bundesstaat Edo entführter katholischer Priester italienischer Staatsangehörigkeit soll seine Freiheit nach kurzer Zeit wiedererlangt haben. In jüngerer Zeit haben sich in beiden Bundesstaaten mehrere ähnliche Taten ereignet (vgl. BN v. 04.07.22). Auch sind bei Angriffen gegen zwei Kirchen im Bundesstaat Kaduna am 19.06.22 mindestens drei Personen ums Leben gekommen und Dutzende entführt

worden (vgl. BN v. 27.06.22). Nigerianische Behörden sehen sich der Kritik ausgesetzt, Entführungen, mit dem Ziel Lösegeld zu erpressen (engl.: abductions for ransom), oft nicht nachdrücklich genug zu verfolgen und aufzuklären.

### **Luftwaffe attackiert versehentlich Zivilpersonen**

Ein nigerianischer Militärjet hat im Einsatz gegen bewaffnete Banden versehentlich eine Rakete auf Zivilpersonen abgefeuert. Das geht aus Medienmeldungen vom 07.07.22 hervor, die sich auf Angaben von Augenzeugen berufen. Der Beschuss habe zu einem Todesopfer und mehr als einem Dutzend Verletzten geführt. In den letzten Jahren gab es Medienberichten zufolge mehrere Fälle, in denen Nigerias Luftwaffe bei Operationen gegen Mitglieder bewaffneter Gruppierungen unbeabsichtigt Zivilpersonen traf. Für Aufsehen sorgte z.B. ein Vorfall am 18.02.22, als im nigerianisch-nigrischen Grenzgebiet bei einem Luftangriff sieben Kinder ums Leben kamen (vgl. BN v. 21.02.22).

## **Nordmazedonien**

### **Gewalttätige ethnische Auseinandersetzung bei Demonstration in Skopje**

Laut aktuellem Medienbericht hat die Polizei am 06.07.22 bei ethnischen Zusammenstößen im Verlauf einer Demonstration in Skopje einen Mann festgenommen, der mit einer Handfeuerwaffe in die Luft geschossen hatte. Laut Polizeiangaben seien gegnerische Gruppen von ethnisch mazedonischen und albanischen Demonstrierenden aufeinandergetroffen. Bis zur erfolgreichen Trennung durch die Polizei sei es zu Schlägereien und Steinwürfen gekommen, mehrere Schüsse seien zu hören gewesen. Der u.a. von der Oppositionspartei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) organisierte Protestmarsch habe sich gegen die Annahme des französischen Kompromissvorschlags gerichtet, welcher zur Aufhebung der Blockade Bulgariens gegen den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen führen soll. Der interethnische Zwischenfall habe einen heftigen Streit zwischen Oppositionsparteien und den zur Annahme des Vorschlags tendierenden Regierungsparteien ausgelöst. Innenminister Damjan Spaskovski habe ebenso wie die Demokratische Union für Integration (DUI), die wichtigste albanische Partei des Landes, zur Ruhe und gegen das Schüren interethnischer Gewalt aufgerufen.

## **Pakistan**

### **Anschläge auf Sicherheitskräfte in Khyber Pakhtunkhwa**

Am 05.07.22 wurden im Distrikt Dera Ismail Khan in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa zwei Verkehrspolizisten von Unbekannten erschossen.

Am 04.07.22 sprengte sich ein Selbstmordattentäter im Stammesdistrikt Nord-Waziristan in der Nähe eines Polizeikonvois in die Luft. Nach offiziellen Angaben wurden mindestens neun Sicherheitskräfte verletzt. Auch zu diesem Anschlag bekannte sich niemand.

Die Vorfälle ereigneten sich während des zwischen der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) und der pakistanischen Regierung in den laufenden Friedensgesprächen vereinbarten Waffenstillstands.

## **Palästinensische Autonomiegebiete / Israel**

### **HRW-Bericht: Systematische Folter in Haft unter PA und Hamas**

Human Rights Watch (HRW) erhebt gemeinsam mit der Organisation Lawyers for Justice gegenüber den Sicherheitsbehörden der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im Westjordanland, wie auch gegenüber den Behörden der Hamas im Gazastreifen erneut schwere Vorwürfe, dies geht aus einem Bericht hervor, den HRW am 30.06.22 veröffentlicht und dem UN-Ausschuss gegen Folter vorgelegt hat. In dem Bericht kommen beide Organisationen zu dem Schluss, dass die in ihrer über Jahre andauernden und unsanktionierten Form als systematisch zu betrachtende Folter an Inhaftierten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden könnte. Auch dem israelischen Militär, welches im Westjordanland agiert, werden Misshandlungsvorwürfe und der Mangel an Ahndung ebenjener in den vergangenen Jahrzehnten gemacht.

### **Journalistin durch israelische Kugel getötet**

Am 04.07.22 gaben US-Behörden nach einer forensischen Untersuchung der tödlichen Kugel ihre Ergebnisse bekannt. Demnach sei die palästinensisch-amerikanische Journalistin Shirin Abu Akleh (vgl. BN v. 16.05.22 u. 13.06.22) wahrscheinlich durch Schüsse des israelischen Militärs getötet worden. Die Kugel sei allerdings zu beschädigt, um zu endgültigen Ergebnissen zu kommen. Des Weiteren gäbe es keine Anhaltspunkte, dass es sich um eine gezielte Tötung gehandelt hätte.

Die Kugel wurde durch die palästinensischen Behörden an die USA übergeben. Die PA verweigerte sich einer Zusammenarbeit mit den israelischen Behörden mit der Begründung des mangelnden Vertrauens. Die Untersuchung wurde nun durch israelische Sachverständige unter amerikanischer Überwachung durchgeführt. Untersuchungen diverser Medienplattformen hatten bereits die Aussagen mehrerer Zeuginnen und Zeugen gestützt, die dem Militär die Tötung vorwarfen. Dies bestätigt ebenso das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte der UN, welches Aussagen, Bild- und Videomaterial ausgewertet hat.

### **Westjordanland: Palästinenser nahe Jenin getötet**

Angaben des israelischen Militärs zufolge wurde am 06.07.22 ein Palästinenser bei einer Razzia in Jaba, nahe der Stadt Jenin im Norden des Westjordanlandes, getötet. Das Militär hätte demnach das Feuer auf Personen eröffnet, als sie sich der Verhaftung entziehen wollten.

## **Russische Föderation**

### **Siebenjährige Haftstrafe für Kritik am Ukraine-Krieg**

Am 08.07.22 hat ein Bezirksgericht in Moskau ein Mitglied des Stadtrats wegen öffentlicher Verbreitung wissentlich falscher Informationen über den Einsatz der russischen Streitkräfte (Art. 207.3 des russischen Strafgesetzbuches) zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Alexej Gorinow hatte sich bei einer auf YouTube verbreiteten Ratssitzung mit Verweis auf das Sterben von Kindern in der Ukraine gegen die Veranstaltung eines Kindermalwettbewerbs in seinem Bezirk ausgesprochen und dabei entgegen der offiziellen Sprachregelung die Bezeichnung „Krieg“ anstelle von „militärischer Spezialoperation“ verwendet. Die Entscheidung stellt laut internationalen Beobachtenden insoweit eine neue Qualität der Repressionen dar, als dass damit erstmalig unter Berufung auf den erst im März 2022 neu eingeführten Straftatbestand der Verbreitung von Falschinformationen (vgl. BN v. 07.03.22) eine Haftstrafe statt (lediglich) eine Geldstrafe verhängt wurde.

## **Somalia**

### **Gezielte Explosionen töten zwei Personen**

Bei der Detonation einer Landmine wurde am 06.07.22 in Afgooye (Lower Shabelle) ein Polizist getötet, als sein Fahrzeug darüberfuhr. Al-Shabaab übernahm die Verantwortung.

Bei einem zweiten Vorfall am 06.07.22 in Mogadischu wurde Hashi Omar durch eine an seinem Fahrzeug angebrachte Bombe getötet. Er wurde bekannt, da er wegen Mordes an einer Reporterin und einem Kameramann 18 Jahre in einem italienischen Gefängnis verbrachte, bevor er freigesprochen wurde. Bislang übernahm niemand die Verantwortung.

## **Sri Lanka**

### **Zehntausende demonstrieren in Colombo, Präsident kündigt Rücktritt an**

Bei Demonstrationen gegen die Wirtschaftskrise mit zehntausenden Teilnehmenden in Colombo stürmten am 09.07.22 Hunderte den Palast des Präsidenten Gotabaya Rajapaksa. In den sozialen Medien waren Videos im Livestream von Protestierenden zu sehen, die durch die Räumlichkeiten der Residenz zogen und in den dortigen Pool sprangen. Sicherheitskräfte versuchten zunächst die Demonstrierenden mit Warnschüssen, Wasserwerfern und Tränengas aufzuhalten. Diesen gelang es jedoch Absperrungen zu durchbrechen und auch in das Präsidialamt vorzudringen, woraufhin sich die Sicherheitskräfte zurückzogen. Einem Sprecher zufolge war der Präsident zuvor in Sicherheit gebracht worden. Wegen angekündigter Proteste hatte die Regierung bereits am Tag zuvor eine

unbefristete Ausgangssperre verhängt, diese auf Druck verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen und buddhistischer Mönche allerdings wieder zurückgenommen. Die Situation in Colombo am 09.07.22 wird als chaotisch beschrieben. Weitestgehend verliefen die Proteste zwar friedlich, vereinzelt kam es jedoch zu Gewalt. Medienberichten zufolge wurden über 50 Personen verletzt (Stand: 09.07.22). Der Inselstaat durchlebt aktuell die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Seit Monaten kommt es zu Protesten, Treibstoff und Medikamente sind knapp und die Inflation stieg zuletzt auf 54,6 %. Der Inselstaat ist mit über 50 Mrd. USD verschuldet. Die Demonstrierenden machen den Präsidenten für die Krise verantwortlich. Bislang konnte die Regierung kein Konzept zur Lösung der Schuldenkrise vorlegen. Als Reaktion auf die Massenproteste kündigte Rajapaksa am Abend des 09.07.22 schließlich seinen Rücktritt zum 13.07.22 an. Premierminister Ranil Wickremesinghe erklärte sich ebenfalls zum Rücktritt bereit, nachdem seine Residenz von Protestierenden in Brand gesetzt worden war.

## **Sudan**

### **Anhaltende Demonstrationen**

Direkt nach den landesweiten Demonstrationen am 30.06.22, bei denen Hunderte inhaftiert wurden und mindestens 40 Demonstrierende weiterhin vermisst werden, begannen Demonstrierende vermehrt, Sit-Ins als Protestform zu nutzen (vgl. BN v. 04.07.22). Seither bilden sich immer mehr Sit-Ins, vor allem in Khartum und Omdurman. Der Protest gilt weiterhin der militärischen Übergangsregierung und richtet sich gegen die Machtergreifung im Oktober 2021. Organisiert werden die Sit-Ins durch lokale Widerstandskomitees, wobei sie Rückendeckung durch oppositionelle Organisationen, wie die Forces of Freedom and Change (FFC) oder Emergency Lawyers, erhalten. Am 04.07.22 gingen Sicherheitskräfte unter Einsatz von Tränengas gegen einen Sit-In in Khartum vor, wobei elf Personen verletzt wurden. Nach Angaben des Zentralkomitees Sudanesischer Ärzte seien die verletzten Personen von harten Gegenständen, wie bspw. Gaskartuschen, getroffen worden. Der Einsatz gegen die Demonstrierenden ereignete sich direkt nach der Ansprache von General al-Burhan.

### **Übergabe an zivile Regierung in Aussicht gestellt**

Am 04.07.22 stellte General Abdel Fattah al-Burhan in einer Fernsehansprache das Vorhaben in Aussicht, eine Übergabe der Regierungsgewalt an eine zivil-geführte Regierung unterstützen zu wollen. Er gab dazu weiter an, dass die Armee einem demokratischen Übergang nicht im Weg stehen und sich für die Durchführung von Wahlen einsetzen werde. Dafür werde sich das Militär aus den laufenden Verhandlungen im Rahmen des „Trilateral Mechanism“, die durch die Afrikanische Union (AU), die UN-Mission UNITAMS und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) als Gesprächsplattform für einen möglichen Regierungsübergang initiiert wurden, zurückziehen. Al-Burhan zufolge werde zudem der Souveräne Rat aufgelöst, sobald eine zivile Regierung im Amt sei. Weiterhin solle ein hoher militärischer Rat aus Vertretern der Sudanesischen Armee (SAF) und der Rapid Support Forces (RSF) gebildet werden. Dieser Rat solle das Oberkommando über die Streitkräfte innehaben und seine Aufgaben im Einvernehmen mit der noch zu bildenden Regierung erfüllen. In einer ersten Reaktion lehnte die oppositionelle Gruppierung Forces of Freedom and Change (FFC) die Bildung eines solchen Rates jedoch ab, da al-Burhan bisher geforderte Reformen im Bereich der Sicherheit und bezüglich einer reduzierten Rolle des Militärs ablehne. Zudem habe er bisher keinen Zeitplan für das vorgestellte Vorgehen genannt. Noch vor der Ausstrahlung der Fernsehansprache wurden 145 Personen aus der Haft entlassen, die während der Demonstrationen am 30.06.22 festgenommen und inhaftiert worden waren.

## **Syrien**

### **Idlib: Einfuhr internationaler Hilfsgüter beendet**

In einer Abstimmung des UN-Sicherheitsrates am 08.07.22 konnte keine Mandatsverlängerung für internationale Hilfslieferungen über die türkisch-syrische Grenze erzielt werden. Die UN-Mission für einen humanitären Hilfskorridor nach Nordsyrien bestand seit 2014 und wurde bereits 2020 eingeschränkt, als drei Grenzübergänge für UN-Hilfen nicht verlängert wurden (vgl. BN v. 13.01.20).

Mit der aktuellen Schließung des Grenzübergangs bei Bab al-Hawa für UN-Hilfen schließt der letzte verbliebene Korridor für Hilfen über die türkisch-syrische Grenze. 13 Mitglieder des Sicherheitsrats stimmten für eine

Verlängerung des Mandats, China enthielt sich und Russland stimmte als einziges Mitglied dagegen. Die Vetomacht argumentiert, dass die internationalen Hilfen ausschließlich über den Staatssouverän in Damaskus gehen sollen. In einem Gebiet in und um Idlib, das sich nicht unter der Kontrolle Damaskus' befindet, leben derzeit etwa vier Mio. Menschen, geschätzte 1,7 Mio. davon in Zelten.

Vertreterinnen und Vertreter der UN beschreiben die Hilfslieferungen nach Nordsyrien als die größte humanitäre Hilfsoperation der Welt. Im Jahr 2021 überquerten demnach monatlich etwa 800 LKW den Grenzübergang bei Bab al-Hawa.

## **Türkei**

### **Festnahme von IS-Terrorverdächtigen**

Nach Medienberichten vom 04.07.22 wurden in Istanbul bei Operationen in 20 Stadtteilen mindestens 19 Verdächtige mit Verbindungen zur Terrorgruppe IS festgenommen.

### **Anzahl der Inhaftierten nach dem Putschversuch**

Der türkische Innenminister Süleyman Soyly erklärte am 05.07.22 bei einer Veranstaltung anlässlich des Putschversuchs, dass seit dem gescheiterten Putsch im Jahr 2016 insgesamt 332.884 Menschen festgenommen und inhaftiert worden seien, 101.000 von ihnen wegen des Verdachts von Verbindungen zur Gülen-Bewegung (FETÖ). 19.252 Menschen befänden sich wegen Verbindungen zur Gülen-Bewegung im Gefängnis. Die Operationen gegen die Organisation würden auch in Zukunft fortgesetzt.

## **Ukraine**

### **Evakuierungsaufruf an Zivilbevölkerung, Ankündigung einer ukrainischen Gegenoffensive**

Im Zuge einer angekündigten Gegenoffensive ukrainischer Streitkräfte in den von Russland besetzten Teilen der Südukraine wurde die Zivilbevölkerung in den Gebieten Cherson und Saporischschja am 08.07.22 zur umgehenden Flucht aus ihren Wohnorten aufgerufen. Die Ausreise solle notfalls in Richtung der von Russland annektierten Halbinsel Krim erfolgen. Laut Angaben des ukrainischen Verteidigungsministers vom 10.07.22 habe Präsident Selenskyj die Rückeroberung der von russischen Streitkräften besetzten Küstengebiete angeordnet. Die regionale ukrainische Militärverwaltung des Gebiets Saporischschja teilte mit, dass bereits 80 % der dortigen Zivilbevölkerung in den umkämpften Teilen des Gebiets ihre Wohnorte verlassen hätten; 87 Siedlungen seien derzeit ohne Stromzugang. Unterdessen finden im Zuge des Kriegsgeschehens weiter Angriffe auf zivile Infrastruktur, insbesondere nahe der militärischen Frontlinie, statt. In der ostukrainischen Stadt Tschassiw Jar kamen im Zuge eines Raketeneinschlages in ein mehrstöckiges Wohngebäude am 08.07.22 laut Medienberichten 18 Menschen ums Leben. Präsident Selenskyj erneuerte im Anschluss an den Vorfall die Ankündigung, dass Angehörige der russischen Streitkräfte für Verbrechen gegen Zivilpersonen bestraft werden sollen. Am 07.07.22 wurde laut ukrainischer Angaben bei Raketenangriffen auf die Stadt Charkiw mehrere Gebäude der Charkiwer Pädagogischen Universität zerstört. Aktuelle Angaben des ukrainischen Bildungsministeriums zufolge seien bis Anfang Juli über 2.100 Bildungseinrichtungen im Zuge des Kriegsgeschehens beschädigt oder zerstört worden. Laut WHO-Angaben wurden seit Beginn der russischen Militärintervention am 24.02.22 369 Fälle von Angriffen auf medizinische Einrichtungen dokumentiert. Am 11.07.22 meldete der ukrainische Generalstab großflächigen russischen Artilleriebeschuss auf Ortschaften in den Gebieten Donezk und Charkiw. In den von prorussischen Kräften kontrollierten Städten Donezk und Luhansk seien laut Medienberichten Explosionen und Brände gemeldet worden. Eine von der ukrainischen Militärführung eingeführte Anordnung, laut derer Wehrpflichtige ohne Genehmigung der lokalen Militärbehörden ihre Wohnorte nicht verlassen dürfen, wurde am 06.07.22 nach nur einem Tag im Zuge öffentlicher Kritik wieder aufgehoben. Laut Angaben des ukrainischen Innenministeriums seien derzeit über drei Mio. Wehrpflichtige an Melde- und Einberufungsämtern außerhalb ihres Wohnorts registriert. In der Ukraine gilt aktuell bis Ende August 2022 befristet das Kriegsrecht sowie eine Generalmobilisierung; Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren unterliegen einem grundsätzlichen Ausreiseverbot.

## Usbekistan

### Unruhen in Karakalpakstan

Am 01.07. und 02.07.22 kam es bei Massenprotesten in der Regionalhauptstadt Nukus und in weiteren Städten der autonomen Republik Karakalpakstan im Nordwesten Usbekistans zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften. Auslöser der größten Proteste seit Jahren waren geplante Verfassungsänderungen, die u.a. die weitere Einschränkung des Autonomiestatus der Region vorsehen, einschließlich der Streichung des symbolisch bedeutsamen Rechts Karakalpakstans, sich von Usbekistan für unabhängig zu erklären. Pressemeldungen zufolge gingen die Polizei und die Nationalgarde mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen gegen die Demonstrierenden vor. Daneben gibt es Berichte über z.T. straßenkampfartige Szenen und exzessive Polizeigewalt. Während die Zahl der getöteten Personen von offizieller Seite mit 18 und der Verletzten mit 243 beziffert wird, gehen internationale Beobachtende von deutlich höheren Opferzahlen aus. Weitere über 500 Personen sollen nach Regierungsangaben im Zusammenhang mit den Protesten vorübergehend festgenommen und in einigen Fällen zu 15-tägiger Verwaltungshaft verurteilt worden sein. Laut der NGO International Partnership for Human Rights wurde in 14 Fällen ein Ermittlungsverfahren wegen Aufrufs zum Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung eingeleitet. Bei einer Verurteilung droht eine Freiheitsstrafe von bis zu 20 Jahren.

Als Reaktion auf die Unruhen hat Präsident Mirziyoyev bis zum 02.08.22 den Ausnahmezustand über die Region verhängt, der u.a. abendliche Ausgangssperren sowie Ein- und Ausreisebeschränkungen vorsieht. Zugleich wurden die geplanten Änderungen zum Status der Region zurückgenommen.

## Venezuela

### Aktivist für indigene und Umweltrechte getötet

Am 30.06.22 ist laut Angaben der NGO Orpia in Puerto Ayacucho im Bundesstaat Amazonas der indigene Führer und Umweltaktivist Virgilio Trujillo Arana getötet worden. Er setzte sich dort als Mitglied von NGOs sowie einer territorialen, indigenen Wächtergruppe des Uwottuja-Volkes gegen illegalen Bergbau sowie illegitime Aktivitäten krimineller Gruppierungen auf indigenem Gebiet ein. Bereits zuvor hatte er Medienberichten zufolge Drohungen wegen seiner Arbeit erhalten. Laut ersten Angaben der Ermittlungseinheit Cicpc habe man aus einem fahrenden Auto auf den Aktivist geschossen, es besteht zudem der Anfangsverdacht, dass die Täter aus dem Umfeld des illegalen Bergbaus oder mit dem Drogenhandel verbundener paramilitärischer Gruppen kämen.

### Sieben Festnahmen von Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen

Am 07.07.22 ist der Gewerkschafter und Menschenrechtsaktivist Gabriel Blanco in Caracas wegen vermeintlichen Verstoßes gegen das Gesetz gegen organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung (Ley Contra la Delincuencia Organizada y Financiamiento al Terrorismo) verhaftet worden. Laut Angaben der NGO Provea hatte es bereits in den 72 Stunden zuvor insgesamt sechs weitere selektive, willkürliche Verhaftungen von Gewerkschaftsvertretenden, sozialen und Menschenrechteverteidigenden sowie oppositionellen, politischen Personen gegeben, darunter mehrere Führungskräfte der marxistisch-leninistischen Oppositionspartei Bandera Roja.